

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3051) vierteljährlich ohne Bestellgeld 66 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mf. 2.80.

Stuttgart
Mittwoch den 17. Dezember
1902.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Alara Jettin (Runde), Stuttgart, Blumenstraße 84, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Weihnachtsbotschaft. — Die Kinderausbeutung vor der Reichstagskommission. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Monolog. Von Ernestina Lesina. — Mutter Jones. (Schluß.)
Notizentheil: Vom Ausstand der Weber und Weberinnen in Meerane. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung.

Einladung zum Abonnement.

Mit der vorliegenden Nummer schließt der zwölfte Jahrgang der „Gleichheit“.

Wie in den vergangenen Jahren so wird die „Gleichheit“ auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigenthums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigenthums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfsarbeit und Handarbeit.

Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zu Gunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformiren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zu Gunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Die proletarischen Frauen zum Klassenkampf zu rufen und für den Klassenkampf zu schulen, das wird wie bisher so in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird sie auch im kommenden Jahre werden für den Streit, wo „ein Haben und Drüben nur gilt“. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe ist in den Zeiten des Zollwuchers und der Rechtsvergewaltigung bedeutsamer als je. Das neue Jahr ist ein Wahljahr, ein Jahr der Abrechnung mit den Feinden des Proletariats. Wenn schon die Frau eine politische Rechtlose ist, so ist sie doch keine Machtlose. Aufgeklärt, geschult, kann sie das Ihrige dazu thun, daß die rechts- und gesetzesbrecherischen Zollräuber die Strafe erteilt. Die „Gleichheit“ wird sich deshalb besonders angelegen sein lassen, die Proletarierinnen auch für den Wahlkampf zu rüsten. Wir hoffen, daß sich das Blatt die alten Sympathien erhalten und neue Sympathien erwerben wird.

Redaktion und Verlag werden Alles aufbieten, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihrer Aufgabe gerecht wird.

Die „Gleichheit“ ist im Reichspostzeitungskatalog pro 1903 eingetragen unter Nr. 3189, im württembergischen Katalog unter Nr. 122 und kostet vierteljährlich 55 Pfennig ohne Bestellgeld.

Probe- und Agitationsnummern der „Gleichheit“ werden jederzeit gratis abgegeben.

Recht zahlreichen neuen Abonnements sieht entgegen

Die Redaktion und der Verlag.

Weihnachtsbotschaft.

Weihnachten, du Fest ewig grünender, ewig verrathener Menschheits Hoffnung auf ein Empor, grüßt du uns wieder im feierlichen Schimmer deiner Millionen Kerzen, im harzigen Duft deiner vielen Tannen, welche innige Liebe wie starres Herkommen, vertrauensfester Glaube wie berechnende Heuchelei schmückt! Mit ehernen Zungen künden deine Glocken allen christlichen Landen die frohe Botschaft: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wie berebt mahnt sie in diesen Zeitläuften schärfsten Gegensatzes und Kampfes zwischen der Welt der Darbenden, Unfreien, Bertretenen und der Welt der Genießenden und Knechtenden an alles, was das Christenthum in seiner fast zweitausendjährigen Entwicklung und Herrschaft den zahllosen Schaaren der Ungenannten schuldig geblieben ist. Nicht Friede und Freude ist es darum, das die Christglocken den Wissenden läuten, es ist Sturm und Kampf.

Friede auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen! Mit zermalmendem Tritt schreitet die Krise durch unser Wirtschaftsleben. Im Proletariat Tausende und Abertausende von Arbeitslosen, die Brotlose sind, welche nicht einmal am Festtag eine Antwort finden auf die Frage: „Was werden wir essen, was werden wir trinken?“; Arbeitslose, die als Heimathlose, Obdachlose die Straßen füllen und auch am heiligen Abend nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen. In den Schichten der kleinen Gewerbetreibenden Hunderte und Abertausende von Existenzen, die zerschmettert am Boden liegen, die aus den Reihen der Selbständigen in die dunklen Fluthen des Proletariats hinabgeschleudert worden sind. Und über dem unsäglichen Jammer der Massen, von ihrem Elend gespeist, der trunkene Jubel einer winzigen Minderheit, die auch aus diesen Nöthen als Sieger hervorgeht. Wohin der Blick friede- und freudeheischend sich wendet, der erbarmungslose Krieg Aller gegen Alle.

Friede auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen! Manch eine Mutter weint über den gefallenen oder siechen Sohn, der das Evangelium der gepanzerten Faust, das Evangelium von „Seiner Majestät geheiligten Person“ in China Denen künden mußte, die es hören wollten und Denen, die es nicht hören wollten. Die letzten Verzweiflungsschreie des zu Ruß und Frommen spekulirender Grubenkapitalisten niedergezwungenen Burenvolkes klingen in ein Stammeln um Bettleralmosen aus. In allen Ländern „christlicher Kultur“ die Herrschaft des bewaffneten Friedens; die Massen erdrückt unter der Last des Militär- und Marinebudgets, bedroht von den Gewehren, welche so gern gegen den „inneren Feind“ losgehen möchten.

Friede auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen! Im Reichstag tobt das Zollbrigantenthum und stampft im frevelhaften Beute- und Macht hunger Recht und Gesetz unter die Füße. Schamlos reißt es den Armen und Vermitteln den Bissen vom Munde und überschüttet Schloßherren und Industriekönige mit einer überschwenglichen Fülle von Gaben. Zur Schröpfung der Volksmassen die Entrechtung! Nach der Nichtbählerei, welche die alte Form der namentlichen Abstimmung eskamotirte, die Kardorffiaße, welche die Verathung der einzelnen Zolltarifposten erdroffelt, die Geschäftsordnungsdebatten durch Mehrheitsbeschluß gewaltsam kürzt und den Zollwucher mittels einer einzigen Abstimmung in die Scheunen bringt. Nach der Kardorffiaße die lex Gröber, welche die Wortertheilung zur Geschäftsordnung vom Belieben des Reichspräsidenten abhängig

macht, die Redezeit zur Geschäftsordnung auf fünf Minuten beschränkt und mithin die Diktatur eines Vorsitzenden schafft, der nicht mehr der Geschäftsführende und Vertrauensmann aller Abgeordneten ist, sondern nur der „Hausknecht“ der raffgierigen, gewissenlosen, zolltollen Mehrheit. Zur Niederbützelung der Zollgegner die feigenblattlose Willkür an Stelle des Rechtes gesetzt, die Anarchie an Stelle der Regel, des Gesetzes. Die Anwälte und Wortführer der breiten Volksmassen geknebelt, mundtot gemacht, der Möglichkeit beraubt, im Namen und Auftrag der Blünderungsgeweihten ihre Stimme zur tödtlichen Kritik, zum flammenden Protest wider den Zollraub zu erheben. Das verfassungsgemäß festgelegte Recht jeder Minderheit im Parlament auf freie Meinungsäußerung zerbrochen. Der Reichstag zur ekkeln Schacherbube entwürdigt, die parlamentarischen Verhandlungen zur widerlichen Possen erniedrigt, das Lebensprinzip des Parlamentarismus selbst getroffen.

Wahrlich, die Weihnachtstage sind in eine Walspurgisnacht der Reaktion verkehrt, wie sie toller, höllischer nicht erfonnen werden kann. Ueberwältigend herrlich offenbart sich dem nach Brot und Recht hungernden Volke die steigende Ethik, der wachsende Gerechtigkeitsfuss der bürgerlichen Klassen, Ethik und Gerechtigkeitsfuss, von denen sozialreformelnde bürgerliche Bettler und hoffnungsvolle proletarische Choren eine Milderung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes erharren. Da haben wir es vor uns, das letzte Wort der Ethik der Besitzenden, es lautet: Zollwucher. Da starrt es uns entgegen, das letzte Wort des Gerechtigkeitsfusses der Herrschenden: es heißt parlamentarischer Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, gegen das kämpfende Proletariat. Hinter der Blünderung der Werthütigen und der parlamentarischen Entrechtung ihrer Volksvertretung hockt aber sprungbereit, nur nothdürftig versteckt, der fiebernde Wille zur politischen Entrechtung der Volksmassen selbst, zum Wahlrechtsraub. In greifbaren Erscheinungen verkörpert schreiten sie durch das öffentliche Leben, jene Begriffe und Thatfachen, welche von den „Gutgesinnten“ als Scheuel und Greuel verfehmt werden, wenn die Ausgebeuteten sie bewusst der heutigen Gesellschaft entgegenstellen, welche dagegen salonfähig, hoffähig, ja heilig sind, sobald die Ausbeutenden sie ihren Interessen dienstbar machen: der Klassenhaß, der Klassenkampf, die Klassendiktatur.

Innerlich zwingender noch als die Zollgier ist es das Machtbedürfnis, das die Besitzenden und Herrschenden in diesen Tagen von Infamie zu Infamie, von Gewaltthat zu Gewaltthat treibt. Sie kämpfen um die Macht zur Ausbeutung und Versklavung der Habenichtse, die sich „meuternd“ für ihr Menschenthum, ihre Freiheit und Kultur erhoben haben. Denn die Weihnachtbotschaft: Friede auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen, ist ihnen aufs Neue erklungen. Aus stumpfsinniger Ergebung hat sie dieser Ordnung Bürdenträger zu kraftvoller Hoffnung gewedt und ihre scheue Verzweiflung zu trotzigem Kampfesmuth aufgepeitscht. Das neue Evangelium zeigt ihnen die heilige Stadt des Friedens, der Freude für Alle: die sozialistische Gesellschaft. Es weist ihnen den Weg, der durch die Wüste der kapitalistischen Gesellschaft dahin führt: den nimmer rastenden Kampf. Die Heilsbotschaft ist verstanden worden. Kein Wohlthaten Ersehender, ein Recht Heischender; nicht länger ein willenloser Sklave, ein trotziger Rebell; kein entsagender Dulder, ein kraftgeschwelter, begehrender Kämpfer: so steht das Proletariat in unseren Tagen auf der Bühne der Geschichte. Von der Klasse Noth zu einem Wollen fest zusammengeschweißt, von der unerbittlichen Logik der Thatfachen zur Zielklarheit erzogen, so läuft es Sturm wider die kapitalistische Ordnung. Was Wunders da, wenn deren Nutznießer sich mit allen Mitteln rüsten, den anrückenden Eroberer zurückzuwerfen? Heraus gegen ihn mit Allem, was Rettung verspricht: von dem Messen mit zweierlei Maß, der Zertrümmerung des Rechtes im Parlament, den ächtenden Kaiserreden gegen die „vaterlandslosen Gesellen“, dem „stillen Manne aus der Werkstatt“ bis zur Hoffnung auf den Staatsstreik und die Kanonen jenes Ehrenmannes Krupp, der das Vaterland der Gnade würdigte, sich von ihm Panzerplatten und Granaten um Millionen theurer bezahlen zu lassen, als von unseren „Erbfeinden“ und „Erbfeunden“. Macht wider Macht, so will es der Geschichte Lauf. Lautestes Schlachtgetöse des Klassenkampfes umhüllt deshalb Tannen-

baum wie Altar und mischt sich mit Kinderjubel, Christmetten-geläute und frommen Chorälen.

Gerüstet und gewappnet, in Kriegesstimmung, trotz winterlicher Kälte „Gewitterwind witternd“, feiert das deutsche Proletariat seine Weihnachten als Symbol der nimmerwelfenden Wunderblume vertrauensgläubigen Hoffens, die wieder und wieder aus dem Boden des Massenelends empor sproßt. Die Heilsbotschaft, die ihm die Glocken läuten, ist nicht länger ein sehnsuchtschwerer Glaube, es ist ein überzeugtes, wohlbegründetes Wissen. Darum trägt das Proletariat die Waffen bereit zum siegenden Streit. Es weiß, daß von seiner weltgeschichtlichen Mission als Erlöser seiner selbst und der ganzen Menschheit das Wort des Nazareners gilt: „Ich bin das Schwert, ich bin nicht gekommen den Frieden zu bringen, sondern den Krieg.“ Kühn schreitet es, von dem Sturmglodengebraus der politischen Ereignisse gerufen, dem Kampfe entgegen. „Es ist der Geschichte ew'ges Muß.“

Die gesetzliche Einschränkung der Kinderausbeutung vor der Reichstagskommission.

Ein Milliarden Geschenk will die heute- und machtgerige Mehrheit des Reichstags einem Händchenvoll Reicher und Ueberreicher unter den Weihnachtsbaum legen und zertrümmert zu diesem Zwecke mit der Geschäftsordnung Recht und Gesetz. Eine äußerst bescheidene Reform ist es dagegen, welche die Kommission für die Berathung des Kinderschutzgesetzesentwurfes (vergleiche Nr. 11 und Nr. 12 der „Gleichheit“) den proletarischen Kleinen, der gesammten Arbeiterklasse als Christgabe darbringt. Und sogar diese winzige Gabe wird von den Besitzenden und Herrschenden widerwillig genug gewährt, „der Noth gehorchend, nicht dem eig'nen Trieb“. Nicht das Mitgefühl mit den unendlichen Leiden der Kinder, deren Leib und Seele in dem Mahlwerk der Ausbeutung zerstampft wird, nicht die Erkenntnis von dem ungeheuren Verbrechen, das gegen hilfloses, wehrloses Menschenthum verübt wird, von der Vererbung, deren sich damit die Ausbeutenden am ganzen Volke schuldig machen, hat die flauwe Geberlaune erzeugt: die Peitschenhiebe des proletarischen Klassenkampfes haben sie gleichsam herausprägelte müssen.

Unverhüllt beweist dies die Geschichte der Kinderausbeutung und ihrer schmachvoll langsamen und schwächlichen Zügelung durch das Gesetz. Mehr und minder deutlich trat es auch zu Tage bei den Kommissionsberathungen über den Gesetzesentwurf der Regierung zur Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit. Wäre es nach dem Wünschen und Wollen der konservativen Kommissionsmitglieder gegangen, so würde die Berathung des Entwurfes auf die lange Bank geschoben, auf Sankt Nimmerlein vertagt worden sein. Jede Stunde, welche die Herren mit den $\dagger\dagger$ Umstürzern über die Begrenzung der Ausbeutungsmacht armen Proletariatkinder gegenüber zu streiten gezwungen waren, dünkte ihnen eitel Raub an der Zollbeutehaß, deretwegen sie etliche Tage wöchentlich auf die geliebte Hasen- und Fasanenjagd verzichten mußten. Was aber die Reformfreudigkeit der übrigen bürgerlichen Kommissionsmitglieder anbelangt, so stand nur der einzige Herr Köstke, ein weißer Rabe unter seinesgleichen, an der Seite der Sozialdemokratie, wenn es galt, das Recht der proletarischen Kinder auf gründlichen gesetzlichen Schutz zu verteidigen. Kein anderer bürgerlicher Politiker wagte gesetzliche Thaten zu befürworten, die nur den zehnten Theil so tief, so unwägend, aber dafür um so segensreicher in das Wirtschaftsleben zu Gunsten der Besitzlosen eingreifen würden, als der Zollwucher zu ihrem Schaden in dasselbe eingreift.

Es mußten deshalb alle Bemühungen der Sozialdemokratie in erster wie in zweiter Lesung scheitern, den unzulänglichen Entwurf der Regierung in drei grundsätzlichen Punkten wirksam zu reformieren: den gesetzlichen Schutz von den gewerblich thätigen Kleinen auf die Proletariatkinder auszudehnen, welche in der Landwirthschaft und im Gesindebetrieb beschäftigt sind; das gleiche Ausmaß gesetzlichen Schutzes für die eigenen wie für die fremden Kinder zu erringen; die Altersgrenze für die Zulassung zur Erwerbsarbeit auf 14 Jahre zu erhöhen. Die triftigsten Gründe, welche unsere Genossen in der Kommission entwickelten, die beweiskräftigsten Thatfachen, die sie in reicher Fülle vorführten, begegneten tauben Ohren oder richtiger einem entschiedenen, hartnäckigen Nichtwollen. Größer als die auf den Lippen bekannte Achtung vor dem Rechte des Kindes auf Gesundheit, Erziehung und Unterricht war die mit Thaten bekundete Fürsorge für die Macht des Geldsacks zur Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte.

Am heftigsten wurde um die Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes auf die in Landwirthschaft und Gesindeordnung beschäftigten Kinder und um die Zubilligung des gleichen Schutzmaßes für eigene und

fremde Kinder gestritten. Und gerade im Kampfe um diese beiden grundlegenden Forderungen fand sich der Freisinn mit den National-liberalen, Konservativen und Zentrümlern zur rücksichtsvollsten Fürsorge für die Ausbeutungsgewalt zusammen. Wie der erste beste krautjunckerliche Jhenblitz, so leierte der Freisinnige Zwick, seines Zeichens Kreislichinspektor in Berlin, das Lügenlied von dem hohen gesundheitlichen und erzieherischen Werthe der landwirthschaftlichen Kinderarbeit herunter. Ja zum Teufel, Herr Zwick, wenn Ihre Ueberzeugung von diesem Werthe so felsfest, so echt ist, warum treten Sie nicht mit ganzer Kraft für ein Gesetz ein, das die Besitzenden zwingt, ihre eigenen Kinder die Wohlthaten der Erziehung durch landwirthschaftliche Arbeit zu Theil werden zu lassen, ihr eigenes Fleisch und Blut statt in höhere Schulen und Pensionen auf die ohsengräßlichen Güter zu schicken zum unendlich bildenden Gänse- und Kuhhüten, Rübenausziehen und Kartoffelbuddeln? Der bornirte Klassenegoismus, der die Kinder der werththätigen Masse auf dem Altar der Profitmacherei opfert, ist hassenswerth, die Heuchelei aber, die diese Opferung mit verlogenen Phrasen zu verklären wagt, ist unsagbar verächtlich. Daß der freisinnige Politiker Zwick das Vorrecht der „nothleidenden“ Großgrundbesitzer auf Ausnutzung kindlicher Arbeitskräfte nicht anzutasten sich erläutete, nimmt uns nicht wunder. Der Freisinn ist noch allzeit im Namen des heiligen Manchester eine Schutztruppe schrankenloser Ausbeutungsfreiheit gewesen. Dagegen muß es baß erstaunen, daß der Schulmann Zwick — dem doch die Schriften seines Kollegen Agahd und anderer Lehrer, die Feststellungen von Pastoren zur Frage bekannt sein dürften — sich so beispiellos einsichtslos erweisen konnte. Wie in ähnlichen Fällen, wo die Nothwendigkeit einer Reform zum Himmel schreit, so flüchtete sich auch diesmal die Reformfeindseligkeit der bürgerlichen Mehrheit hinter eine Resolution, welche eine Enquete über Dinge fordert, die längst unzweifelhaft klar gestellt sind. Dieser höchst unsichere Wechsel auf die Zukunft „ersucht den Herrn Reichskanzler, zum Zwecke von Erhebungen über den Umfang und die Art der Lohnbeschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben, ihre Gründe, ihre Vorzüge und Gefahren, insbesondere für die Gesundheit und Sittlichkeit, sowie die Wege zweckmäßiger Bekämpfung dieser Gefahren mit den Landesregierungen in Verbindung zu treten und die Ergebnisse der vorgenommenen Erhebungen dem Reichstag mitzutheilen“. In zweiter Lesung des Entwurfes traten unsere Genossen dafür ein, daß die erbetene Enquete auch auf die Kinder im Gesindedienst ausgedehnt würde. Sogar diese Forderung gelangte nur nationalliberal abgeschwächt zur Annahme! Die Enquete soll sich nämlich nur auf „im Haushalt beschäftigte Kinder“ erstrecken.

Gegen den sozialdemokratischen Antrag, eigenen wie fremden Kindern ein gleiches Maß an gesetzlichem Schutze zu gewähren, mußte wieder der vernitterte und verstaubte Ladenaüter herhalten: die Autorität der Eltern werde dadurch leiden. Und wieder war es der freisinnige Schulinspektor Zwick, der im Schmucke selbigen Ladenaüters den Reaktionären vortanzte. Uns scheint, die elterliche Autorität wird bei den Kindern durch nichts schwerer erschüttert, als dadurch, daß Vater und Mutter sich aus Pflögern, Schüßern, Erziehern ihrer Kleinen in Antreiber und „Arbeitsherren“ derselben verwandeln. Der kindliche Verstand wird durchaus nicht immer zu entscheiden vermögen, was an empfundener Härte auf Rechnung zwingender bitterster Noth, persönlicher Rückständigkeit und Stumpfheit, wie Leiden sie erzeugt, gesetzt werden muß. Aber es genügte Herrn Zwick nicht einmal, von der erwerbenden Thätigkeit eigener Kinder ein höheres Maß gesetzlichen Schutzes abzuwehren. Als Fanatiker der Ausbeutungsfreiheit trat er vielmehr im Gegensatz zu den Forderungen der Sozialdemokraten dafür ein, daß die Gesetzgebung die Schullosigkeit der eigenen Kinder über einen möglichst großen Kreis fremder Kleiner verhängen solle. Er beantragte, die Waisen den eigenen Kindern gleichzustellen, ein Ansinnen, das als allzutoll sogar vom Regierungsvertreter zurückgewiesen wurde. Er bekämpfte die Forderung unserer Genossen, Kindern, die zur Zwangsfürsorgeerziehung an Familien überwiesen sind, das gleiche Maß an Schutz zuzuerkennen, wie fremden. Der dahingehende Antrag wurde in erster Lesung zwar angenommen, jedoch nur, um in zweiter Lesung von den Reaktionären — natürlich mit Herrn Zwicks Hilfe — niedergestimmt zu werden.

Konservative, Nationalliberale und Zentrümler widersetzten sich erfolgreich der geheißten Erhöhung des Schulalters von 13 auf 14 Jahre. Als Feigenblatt des ausbeutungsfrohen Beschlusses mußte die Rückständigkeit des bayerischen Volksschulgesetzes herhalten, das bekanntlich die Schulpflicht mit dem 13. Jahre enden läßt. Die Kritik unserer Genossen preßte den Zentrümlern Trimbom und v. Hertling zwar das Eingeständniß ab, es sei bedauerlich, daß ihre Parteigenossen im bayerischen Landtag sich gegen die Ausdehnung der

Schulpflicht bis zum 14. Jahre erklärt hätten. Trotzdem hüteten sich aber die Herren, durch eine Erhöhung der Altersgrenze für die Zulässigkeit gewerblicher Kinderarbeit auf die Ausdehnung der Schulpflicht hinzuwirken.

Was die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder nicht im Allgemeinen, für alle Kinder und für jede Art ihrer Erwerbsarbeit zu erreichen vermocht hatten, das suchten sie bei den einzelnen Paragraphen des Entwurfes wenigstens für die betreffenden Kategorien kindlicher Lohnthätigkeit zu erringen: Ausdehnung des Kreises der Geschützten, Erhöhung des Schulalters und des Schutzes, gleiche Einschränkung der Ausbeutungsmöglichkeit für eigene und fremde Kinder. Sie haben in dieser Beziehung manche anerkanntenswerthe Verbesserung des Entwurfes durchgeführt, theils unmittelbar durch eigene Anträge, welche zur Annahme gelangten, theils mittelbar dadurch, daß sie durch ihre Haltung, ihren energischen Kampf um mehr Kinderschutz Zentrümler und Freisinnige wenigstens in der Richtung der sozialdemokratischen Forderungen einen Schritt vorwärts trieben. Leider fand sich bei der zweiten Lesung eine Majorität zusammen, welche mehrere der beschlossenen Verbesserungen wieder beseitigte, und das zum Theile auf Antrag von Zentrümlern, stets aber unter ihrer Mitschuld. Nach der Niederknüttelung der Geschäftsordnung im Plenum des Reichstags fühlt die schwarze Garde sich offenbar der Herrschaft so sicher, daß sie die Reformheuchelei entbehren zu können glaubt.

Den für fremde wie eigene Kinder verbotenen Beschäftigungsarten wurden auf Antrag oder Anregung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder — Wurm, Reißhaus, Vaudert — hinzugefügt: die Arbeit im Schornsteinfegergewerbe, im Fuhrwerksbetrieb, der mit einem Expeditionsgehalt verbunden ist, beim Mischen und Mahlen von Farben, in Kellereien. Daß in erster Lesung beschlossene Verbot der Beschäftigung an Werkstattmaschinen war der bürgerlichen Mehrheit bis zur zweiten Lesung wieder leid geworden, es ward gestrichen. Die von den Sozialdemokraten geforderte gesetzliche Ausmerzung der Kinderarbeit beim Kegelauffehen und in Schießbuden, beim Rüben- und Pflanzenziehen, sowie Kartoffelgraben gegen Entgelt und bei Treibjagden fand keine Gnade vor dem Gewissen der „echten, wahren Kinderfreunde“, welche den Blick fest auf die vielgepriesenen gesundheitlichen und erzieherischen Vortheile dieser Vorrichtungen geheftet hielten. Man vergegenwärtige sich die ungeheuerliche Schädigung, welche die Charakterentwicklung armer Dorfkinde erfahren müßte, die sich nicht länger in der hohen Schule der — Treibjagden bilden dürften, an denen sich bekanntlich niemals angetrunkene, rohe Nimrode betheiligen!

Das Verzeichniß der Werkstätten, in denen die Kinderarbeit untersagt ist, wurde um folgende Arten vermehrt: Gips- und Zementbrennereien, Felleinsalzereien und Gerbereien, Haar- und Borstenzurichtereien ohne Unterschied, ob sie inländisches oder ausländisches Material verarbeiten, alle Werkstätten, in denen Quecksilber verwendet wird. Ein Neubeschluß in zweiter Lesung hob die früher angenommene Beseitigung der Kinderarbeit in Schmieden und Schlossereien wieder auf. Zur Ausdehnung des Verbots auf die Arbeit bei Glasbläseereien vor der Lampe und in der Tabakindustrie konnte sich die Kommission nicht entschließen. Was die Ablehnung der letztgenannten sozialdemokratischen Forderung anbelangt, so vertrat sich die Mehrheit hinter das Posadowsky'sche Versprechen eines Spezialgesetzes, bekanntlich eine Botschaft, zu der dem Proletariat einstweilen noch der Glaube fehlt. Dem Bundesrath wurde die Besugniss zuerkannt, weitere gesundheitschädliche und ungeeignete Beschäftigungen zu untersagen.

Vergebens beantragten die Sozialdemokraten, daß fremde Kinder im Betrieb von Werkstätten, im Handels- und Verkehrsgewerbe, wo ihre Arbeit zulässig ist, erst vom 13. und nicht schon vom 12. Jahre an beschäftigt werden dürfen, ferner daß die tägliche Maximalarbeitsdauer auch in den Ferien nicht drei Stunden überschreiten solle. Dagegen setzten sie die kleine Verbesserung durch, daß den Kindern um Mittag eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren ist. Ein zweites kleines Mehr an Schutz, das die erste Lesung brachte — die Arbeit der Kleinen dürfe erst eine Stunde nach beendetem Vor- und Nachmittagsunterricht beginnen — wurde in zweiter Lesung zur Hälfte rückgängig gemacht und auf den Nachmittagsunterricht beschränkt. Auf Antrag unserer Genossen wurde die Beschäftigung eigener und fremder Kinder bei theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen nur dann erlaubt, wenn ein höheres künstlerisches oder wissenschaftliches Interesse vorliegt. Ehe die untere Verwaltungsbehörde die Erlaubniß dazu erteilt, muß sie laut Kommissionsbeschlusse die Schulaufsichtsbehörde anhören. Was die Festlegung der Altersgrenze für die Zulässigkeit der einschlägigen Beschäftigung anbelangt, so ging die Kommission über den Regierungsentwurf (12 Jahre) hinaus, sie normirte sie auf 13 Jahre und blieb damit hinter dem sozialdemokratischen Antrag (14 Jahre) zurück. Zu der

Erhöhung des Schulkalters fremder Kinder, die in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt werden, auf 13 Jahre, konnte sich die Kommission nicht verstehen, ebensowenig zum neuerlich hier geforderten Verbot des Regelausschusses. Beim Austragen von Waaren und bei sonstigen Botengängen wurde die Schutzgrenze zwar nicht von 10 auf 13 Jahre erhöht, wie das sozialdemokratische Kleeblatt beantragt hatte, aber doch auf 12 Jahre festgelegt, die tägliche höchste Arbeitsdauer von vier auf drei Stunden herabgemindert. Die Kommission beschränkte die Uebergangsfrist, während der Kinder von 6 1/2 Uhr Morgens an und vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen, von 5 auf 2 Jahre. Unsere Genossen hatten Befreiung jeder Uebergangsfrist beantragt. Im Gegensatz zu der „christlichen“ Regierung, welche die Sonntagsruhe für die kleinen Erwerbsthätigen in Gast- und Schankwirtschaften, sowie im Verkehrsgewerbe ganz aufheben, beim Waarenaustragen und bei Botengängen stark durchlöchern wollte, hatten die „religionslosen“ Sozialdemokraten Sonntagsruhe in vollem Umfang für eigene und fremde Kinder beantragt. Bei der ersten Lesung besann sich die offenbar waschecht „christliche“ Mehrheit auf das auch Kindern geltende Gebot: „Du sollst den Feiertag heiligen“, sie stimmte dem Antrag zu. Bis zur zweiten Lesung ging jedoch ihr dürftiges Fehden „praktisches Christenthum“ fast völlig flöten: Die Ausnahmebestimmungen vom Verbot der Sonntagsarbeit für das Waarenaustragen und für Botengänge wurden wieder zugelassen. Die von den Sozialdemokraten geforderte Anzeigepflicht der Arbeitgeber auch im Falle von gelegentlicher Kinderbeschäftigung wurde als eine „zu große Belästigung“ abgelehnt. Dagegen erhielt die untere Verwaltungsbehörde die Befugniß, nach Anhörung der Schulaufsichtsbehörde die Arbeit von Kindern einzuschränken, zu untersagen oder dem Arbeitgeber die dafür gewährte Arbeitskarte zu entziehen, wenn bei dieser Arbeit „erhebliche Mißstände“ zu Tage getreten seien.

Leider blieben alle Bemühungen der sozialdemokratischen Kommissionenmitglieder erfolglos, die Altersgrenze für die erwerbsthätige Beschäftigung eigener Kinder von 10 auf 12 Jahre zu erhöhen und die tägliche Arbeitsdauer auch für sie auf 3 resp. 4 Stunden höchstens zu beschränken. Alles, was sie zum besseren Schutze eigener Kinder durchzusetzen vermochten, waren die Bestimmungen, daß ihnen eine mindestens zweistündige Mittagspause gewährt werden müsse, und daß die Erwerbsarbeit Nachmittags erst eine Stunde nach beendetem Unterricht beginnen dürfe. Statt 5 soll der Bundesrath nur 2 Jahre lang das Recht haben, für einzelne Werkstätten, in denen die Kinderarbeit allgemein verboten ist, die Beschäftigung der eigenen kleinen

zu erlauben. Die zweijährige Ausnahmefrist bewilligte die Kommission schon im Voraus den Werkstätten, die durch elementare Kraft bewegte Triebwerke besitzen. Diese Vergünstigung, welche das Gesetz für eine Zeit wesentlich verschlechtert, ist hauptsächlich den National-liberalen und Zentrallern geschuldet. Sie pläbdirten wieder und wieder für die Maßregel, vor Allem unter Hinweis auf die Hausweber im badischen Hohenwald, die zur Verwendung gemieteter elektrischer Triebkraft übergeben und angeblich das Vorwerken der Kinder beim Spulen u. nicht entbehren können. In Wirklichkeit steckt jedoch hinter der Fürsorge für die armen Hausweber die Rücksichtnahme auf die steinreichen Großunternehmer der Textilindustrie, welche Dank der hausindustriellen Kinderarbeit die Hausweber mit Hungerlöhnen abspießen. Von sozialdemokratischer Seite wurde das unüberleglich nachgewiesen.

Betreffs der Aufsicht über die Durchführung des Gesetzes beschloß die Kommission einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend eine wesentliche Verbesserung. Der Regierungsentwurf sah dafür lediglich die Gewerbeaufsichtsbeamten und ihre polizeilichen Hilfsorgane vor und überließ es obendrein dem Belieben des Bundesraths, die Arbeit fremder Kinder bei gewissen Beschäftigungsarten und die Erwerbsthätigkeit eigener Kinder ohne jede Kontrolle zu lassen. Die Kommission bestimmte, daß die Vorschriften des § 139b der Gewerbeordnung, bezüglich der Gewerbeinspektion, Anwendung auf die Durchführung des Gesetzes finden, sofern die Aufsicht darüber nicht durch Bundesrathsbeschluß oder die Landesregierungen anderweitig geregelt ist. Damit ist unter allen Umständen eine gewisse Kontrolle gesichert, gleichzeitig aber die Möglichkeit gegeben, den sozialdemokratischen Forderungen gemäß Frauen, Aerzte, Arbeiter und die Schulaufsichtsbehörde mit der Aufsicht zu betrauen. Die Uebertragung des Aufsichtsrechtes an das Reich wurde leider von den Regierungsvetretern und der Mehrheit der Kommission entschieden abgelehnt. Das Gesetz soll am 1. Januar 1904 in Kraft treten. Die zweite Lesung des Entwurfes im Plenum des Reichstags wird wahrscheinlich im Januar nächsten Jahres stattfinden, nachdem die Zollräuber ihre Beute geborgen haben.

Die Zollwucher, da Kinderschutz: wie die bürgerlichen Politiker sich zu dem einen und dem anderen verhalten, das offenbart eindringlichst das tiefste Sein und Trachten der besitzenden Klassen, das ruft die Werkthätigen mit Flammenzeichen zum Kampfe gegen sie auf. Der Klassenkampf des Proletariats allein wird dem Zollraub und der Kinderausbeutung, der Kinderverwüstung ein Ziel setzen.

Monolog.

Von Ernestina Lesina.

Aus „Il Natale“ (Weihnachten),* überseht von Gisela Michels-Lindner.

Es erscheint ein kleines Mädchen, das in der Hand einen etwas zer-rissenen Schuh** hält — es klopf damit auf den Boden, als ob es irgend etwas herausbringen wollte — dreht den Schuh nach allen Seiten — und spricht dann mit zornig fragender Miene:

Nichts?! . . . wirklich gar nichts! . . . dann hätte ich ihn ja lieber gar nicht erst hinstellen brauchen. . . . Aber warum denn nichts? . . . (Pause.) Sollten etwa die Lehrerinnen Lügen erzählen und diktieren? . . . Aber hier habe ich doch die Geschichte, wo es ganz deutlich geschrieben steht. . . . „Und weil Rita immer gut, fleißig und gehorsam gewesen war, brachte ihr das Christkindchen in der heiligen Christnacht eine schöne Puppe und eine große Zuckertüte . . . so werden alle guten kleinen Mädchen belohnt werden“ . . . (wiederholt mit Inbrunst:) . . . eine große Zuckertüte . . . (kurze Pause) . . . Als ob ich etwa ungezogen gewesen wäre? . . . Na . . . wirklich und wahrhaftig . . . nein! Ich thue immer alles, was mir die Mutter aufträgt, ehe sie in die Fabrik geht, und . . . das ist wirklich gar nicht so leicht, weil ich immer noch halb im Schlafe bin, wenn mir die Mutter ihre Befehle giebt! Ach Gott . . . es ist noch so dunkel! Arme Mutter! Sie geht schon so früh zur Fabrik und . . . kommt so spät Abends erst nach Hause! . . . Und doch ist sie dabei noch krank! . . . Ich hab's selbst gehört, als der Doktor zu ihr sagte: „Sie haben Ruhe nötig — und besonders kräftige Nahrung . . . Fleisch, Eier, Wein . . .“ Lauter Dinge, die man hier zu Hause niemals zu sehen bekommt . . . nicht mal heute, am Weihnachtstag, darauf möcht'

ich wetten . . . (Zum Publikum:) Wie, Ihr Herren und Damen, Ihr lacht?! Fleisch, Eier sind doch so theuer . . . sagt die Mutter . . . (giebt ihren Gedanken eine andere Richtung.) Aber . . . Schluß! Ich kann es wirklich nicht begreifen, warum das Christkindchen mir nichts gebracht hat . . . (dreht von Neuem den Schuh herum.) Etwa weil wir zu hoch oben wohnen? Nein, das kann nicht der Grund sein, denn die Lehrerin sagt doch, daß das Christkindchen hoch oben vom Himmel heruntersteigt. Im Gegentheil, gerade deshalb müßte ich ja mit zu allererst drankommen . . . (nach kurzer Ueberlegung.) Vielleicht, weil der Schuh ein bißchen kaputt ist? . . . aber wenn ich doch nun keinen anderen habe! . . . und dann sieht man das ja auch des Nachts, im Finstern, nicht so genau . . . nicht wahr? Also?! . . . Ja . . . ich möchte wohl die Mutter fragen weshalb, aber . . . wie soll ich, wenn sie doch böse mit dem Christkindchen ist? (Zum Publikum:) Ihr lacht schon wieder? — Es ist wirklich wahr, wißt Ihr. Ich habe sie gestern Abend zum Vater sagen hören: „Es wäre viel besser, wenn es kein Weihnachtsfest gäbe. Für uns Armen, die nie und nimmer etwas haben . . . bringt es nur einen Kummer mehr.“ (Denkt ein wenig nach.) Sollte das Christkind etwa nicht zu mir gekommen sein, weil ich arm bin? . . . Das könnte wohl stimmen, denn . . . jezt fällt es mir eben ein . . . daß es in der Geschichte noch hieß, daß Rita die Tochter einer reichen und schönen Gräfin war . . . Aber warum hat uns dann der Pfarrer im Unterricht erklärt, daß Jesus die Armen lieb hatte, daß er die Reichen haßte, wenn sie nicht ihre Häuser und ihre Schmucksachen verkaufen, um den Alten, den Kranken, und den hilflosen Kinderchen beizustehen? . . . Warum dann also? . . . Wenn ich den Vater darnach fragte? . . . (ein wenig ärgerlich) aber er war gestern Abend auch schlechter Laune! . . . Und das ist wieder etwas, was ich nicht begreifen kann . . . Da frage ich einen Menschen, wie man schlechter Laune sein kann, wenn man zwanzig silberne Lirestücke* vor sich auf dem Tisch ausgebreitet hat und . . . lauter schöne, neue, glänzende . . . Als ob Ihr da zwanzig Sterne vor Euch sähet! . . . Ganz sicher! zwanzig Lire! . . . Biergehn davon hat der Vater verdient für eine Woche, die er in der Kohlengrube gearbeitet hat . . . armer Vater! . . .

* Turin, Libreria Editrice Piccarolo. — Ernestina Lesina ist eine der bekanntesten Propagandistinnen Italiens und Herausgeberin einer sozialistischen Frauenzeitung „Anima e Vita“, die in Piacenza erscheint.

** In Italien besteht ebenso wie in Frankreich die Sitte, daß die Kinder am Weihnachtsabend ihre Schuhe vor den Kamin stellen, wo sie sie dann am nächsten Morgen mit Geschenken gefüllt wiederfinden. — Der Weihnachtsbaum ist nur in einzelnen ganz vornehmen Familien üblich, und zwar ist er nur von Deutschland her importirt worden.

* Eine Lira ist gleich achtzig Pfennig.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Vom 4. bis 22. November sprach Genossin Zieg-Hamburg in einer ganzen Reihe Orte Pommerns, Ost- und Westpreußens. Versammlungen waren geplant in Anklam, Stralsund, Wolgast, Ueckermünde, Kößlin, Kolberg, Tapiau, Insterburg, Gumbinnen, Ragnit, Tilsit, Rast, Königsberg, Elbing und Stolp. Die Versammlungen hatten den Zweck, Aufklärung zu bringen über den Widerstand unserer heutigen Wirtschaftsbewegung, der so recht drastisch in Erscheinung tritt in der gegenwärtigen Krise, ferner die Versammelten aufzurufen zum flammenden Protest gegen Fleisch- und Brotwucher und sie den für sie in Frage kommenden Organisationen zuzuführen. In Anklam und Ueckermünde war es zum ersten Mal, daß eine Frau sprach. Erfreulicherweise waren in beiden überfüllten Versammlungen die Frauen sehr zahlreich vertreten. In der einen Versammlung wurden 40, in der anderen 30 Personen dem Fabrikarbeiterverband zugeführt. In Wolgast und Stralsund waren fast die Hälfte der Versammelten Frauen. Im letzteren Orte beteiligten die Genossinnen Wulff und Niemann sich in vorzüglicher Weise an der Diskussion, die Erschienenen zur intensiveren Anteilnahme an der Bewegung anspornend. Ueberfüllt waren die Versammlungen in Kößlin und Kolberg, obgleich sie erst in letzter Stunde bekannt gegeben worden. Soweit Sitzplätze vorhanden, waren dieselben von Frauen besetzt, während Kopf an Kopf gedrängt die Männer bis weit in den Vorraum standen. In Kolberg wurden eine Anzahl Personen dem Verbandszugeführt und circa ein Dutzend Abonnenten der „Gleichheit“ gewonnen. Ueber das Schicksal der Versammlung zu Tapiau, zu der Männer und Frauen nicht nur aus der Stadt, sondern meilenweit aus der Umgegend herbeigegeeilt waren, haben wir bereits in letzter Nummer berichtet. In Insterburg und Rast war uns wieder einmal das Lokal abgetrieben worden, so daß die Versammlungen ausfallen mußten. Ueberfüllt waren die Versammlungen in Tilsit und Ragnit, die im eigenen Heim der Arbeiter stattfanden. Im letzteren Orte haben die Arbeiter 22 Monate lang einen Kampf mit der Behörde um das Lokal führen müssen. Zuerst war das Lokal nicht hoch genug bis zur Decke, dann verursachte die Holzbelegung einer Wand Feuergefahr, später mußte die Decke vergipst werden, schließlich war die Thür, dann der Ofen, darauf der Schornstein nicht vorschristsmäßig. Als all diesen „Mängeln“ abgeholfen, ward an einem Sonntagnachmittag eine Versammlung aufgelöst, weil — die Beleuchtung nicht

vorschristsmäßig sei. Unsere Genossen sind noch auf der Suche nach einem Manne, der nöthigenfalls die Sonne putzen kann. Für die Abendbeleuchtung ward die Verwendung von Petroleumlampen und „frei in der Luft schwebenden“ Lichtern verboten. Es wurden also Laternen angebracht. Soweit war alles gut: Da stirbt die Frau des Hauswirthes, und die Genossen erlauben, daß die Leiche im Lokal aufgebahrt wird. Einige Wochen darnach verbietet die Polizei eine geplante Versammlung, weil die Leiche einer Frau im Lokal gestanden, die an einer ansteckenden Krankheit, der Kopfsprosse, gestorben. Die Genossen gehen an eine gründliche Reinigung. Thüren, Fenster, Fußboden, Tische und Bänke werden mit Seifen- und Sodawasser abgeseuert, die Wände frisch getüncht. Genügt nicht. Erst nachdem alles mit Karbolsäure desinficirt worden, konnte die Versammlung stattfinden. Da sage noch Einer, die Behörde nehme sich nicht der Arbeiter an und wache nicht mit peinlichster Gewissenhaftigkeit über ihr Leben und ihre Gesundheit. — In Gumbinnen war der Saal von Männern, ein Nebenraum von Frauen überfüllt. Dem Fabrikwirth dem Maurerverbande wurden neue Mitkämpfer gewonnen. Genossin Kehler erklärte sich bereit, den Posten als Vertrauensperson zu übernehmen. In Königsberg durfte die Versammlung des Bußtags halber nicht tagen. Wir berichten darüber an anderer Stelle. Prächtig besucht war die Versammlung in Elbing. Hier ward eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes gegründet. Die letzte Versammlung fand in Stolp statt. Das Lokal der Genossen dort ist nicht groß, es faßt ca. 150 Personen, laut Polizeiverordnung dürfen jedoch nur 81 Platz nehmen. Da bleibt nun die ganze Mitte des Saales frei und zum Theil auch noch die Bänke längs den Wänden, während im kleinen Nebenraum, sowie auf dem Flur die Besucher wie die Pöfelheringe zusammengedrängt stehen. Es geht nichts über den Polizeiverstand! Zum ersten Male wohnten in Stolp Frauen einer Versammlung bei, sie versprochen, es solle nicht auch das letzte Mal gewesen sein. Die Agitation hat der Arbeiterbewegung wieder eine stattliche Anzahl neuer Mitkämpfer gewonnen, hier und dort neue Anknüpfungspunkte für eine planmäßige Thätigkeit geschaffen und Aufklärung über Fragen der Verwaltung gebracht. Sie hat außerdem an manchen Orten den Muth der Genossinnen und Genossen gestärkt und sie angespornt zu neuer, unermüdlicher Agitations- und Organisationsarbeit.

L. Z.

Auf Veranlassung des Agitationskomites für den Niederrhein unternahm Genossin Kähler kürzlich eine Agitationstour in diese Gegend. Versammlungen fanden statt in Essen, Biersen, Altena,

er sagt immer, daß die Arbeitsstunden zu lang sind, und daß der Staub ihm die Lungen ruiniert . . . ich dagegen sage, daß es der Husten ist . . . na ja, aber das muß wohl dasselbe sein . . . (sie nimmt die unterbrochene Rechnung wieder auf) also vierzehn hat der Vater und sechs die Mutter in der Spinnerei verdient . . . (Pause) . . . Oh, wenn ich zwanzig Lire hätte! . . . (denkt nach) . . . Vor Allem würde ich nicht schlechter Laune sein, und dann würde ich so viel Fleisch und so viele, viele Eier kaufen um die Mutter gesund zu machen . . . und dann auch eine ganze kleine Zuckertüte . . . wenigstens für heute, zum Geburtstag des guten . . . (verbessert sich) vom Jesuskind! . . . wo es mir nichts gebracht hat! . . . Na ja, aber . . . Vater und Mutter können sie eben nicht so ausgeben, wie sie wohl möchten . . . Ich hab' gehört, wie sie den Ueberschlag machten: „Sechs Lire für den Hauswirth . . . zehn für den Kaufmann . . . das sind (rechnet) . . . sechzehn . . . fünf für Holz und Kohlen . . . das sind (zählt an den Fingern) einundzwanzig . . . (erstaunt!) Wieso einundzwanzig?! . . . Wenn sie doch nur zwanzig haben? . . . Das ist 'ne schöne Bescheerung!! . . . Hätte mir doch wenigstens das Christkindchen eine Lire gebracht! . . . ich würde sie gleich der Mutter geben . . . aber Kuchen, nichts, rein gar nichts! . . . (gähnt) Ach, was für ein häßliches Weihnachten wird das heute werden! . . . Und wenn ich denke, wieviel gute und schöne Dinge ich auf dem Rückweg von der Schule in den Schaufenstern gesehen habe . . . Da kriege ich ja beinahe Lust hinzulaufen, eine Scheibe einzuschlagen und mir das alles selbst dort zu holen, was mir das Christkindchen nicht gebracht hat . . . weil . . . vielleicht eben weil ich arm bin . . . Nicht wahr, Ihr Herren? (Sie wirft wüthend den Schuh fort.) Aber . . . wißt Ihr was ich thun werde, um mich zu rächen? . . . Wenn sie mir in der Schule wieder damit kommen, daß „die Arbeit Quelle alles Reichthums“ sei — wie sie mich im Schreibunterricht haben schreiben lassen — dann werde ich, weil Vater und Mutter arm sind und krank vom zu vielen Arbeiten, ganz, ganz laut rufen: „Nein, das ist nicht wahr!“

Mutter Jones.

(Schluß.)

Eines Winters, als der Schnee hoch lag, wurde Mutter Jones durch ihre Pflicht als Organisatorin in eine pennsylvanische Kohlengräberniederlassung geführt. Hier begegnete sie keinen freundlichen Gesichtern, und die Grubenbesitzer waren entschlossen, den Kampf gegen die „Aufbeckerin“ aufzunehmen. Mutter Jones mietete ein Zimmer in dem einzigen Logierhaus des Ortes, das eine Witwe hielt. Darauf ging sie aus und hielt ihre Versammlung ab. Es war spät, als sie heimkam, und sie war müde, die erwartete Ruhe sollte sie jedoch diese Nacht nicht finden. Raum hatte sie ihr Zimmer betreten, als die Wirthin erschien und ihr mit verlegenem Zögern und augenscheinlicher Beschämung mittheilte, daß die Grubengesellschaft ihr kund und zu wissen gethan habe, Mutter Jones dürfe nicht im Hause bleiben. Unter Thränen erklärte die Frau, daß sie für ihre Existenz von der Gesellschaft abhängig sei, daß sie nicht wagen könne, ihr Trost zu bieten und — — und — daß sie darum Mutter Jones bitten müsse, so gut zu sein und anderswo zu übernachten. Gewiß war Mutter Jones so gut! Sie hörte zu, was ihr die Witwe von erdrückender Plage und Abhängigkeit von den Grubenherrn erzählte, tröstete sie, so gut es gerade eine Frau vermag, küßte sie und ging in die Nacht hinaus. Erst nach geraumer Zeit und nach vielem Hin und Her in dem hohen Schnee gelang es Mutter Jones, einen Kohlengräber zu finden, der muthig genug war, ihr zu gestatten, auf dem Fußboden seiner Hütte zu schlafen. Aber Mutter Jones wurde gerächt. Sie blieb so lange in der Niederlassung, bis sie eine Organisation der Kohlengräber gegründet hatte und die Kapitalisten gezwungen waren, ihren Lohnsklaven etliche Zugeständnisse zu machen, die sie auch später achten mußten. — —

Das wahrscheinlich dramatischste Ereigniß in Mutter Jones' Leben trug sich während des Streiks der Hartkohlengräber vor

Hagen, Barmen, Haspe, Iserlohn, Langerfeld, Krefeld, Duisburg, Stockum, Düsseldorf, Wermelskirchen, Elberfeld und Ohligs. Genossin Kähler sprach außerdem in Barmen auch in einer zweiten öffentlichen Versammlung, die von den Textilarbeitern einberufen worden, über: „Die gesetzliche Festlegung der zehntündigen Arbeitszeit und das Vorgehen der Barmer Handelskammer.“ In den Volksversammlungen behandelte sie nachstehende Themata: „Der Arbeiterpartei Kraft und Ziele“; „Bürgerthum und Sozialdemokratie“; „Der Emanzipationskampf der Frauen“; „Lebensmittelwucher und Reichstagswahlen.“ In Essen waren gegen 700 Männer und Frauen in der Versammlung erschienen und lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen der Referentin. Selbst in einem so dunklen Winkel wie Biersen war ein guter Versammlungsbefuch zu verzeichnen. Die anwesenden Gegner der Sozialdemokratie ermahnten des Muthes, ihre Anschauungen zu verteidigen. In Altena war das Lokal dicht besetzt, jedoch befand sich unter den Anwesenden keine einzige Frau. Wie versichert wurde, hat die Altenaer Polizei, deren staatsretterischen Eifer Schreiberin Dieses vor Jahren kennen lernte, früher die Frauen regelmäßig aus öffentlichen Versammlungen ausgewiesen. Trotz allem müssen die Frauen ausgerüstet und dazu erzogen werden, ihr Recht auf den Besuch öffentlicher Versammlungen auszunutzen und nöthigenfalls zu erkämpfen. Geschieht das, und üben die Frauen einen aufklärenden, anspornenden Einfluß auf ihre männlichen Anverwandten aus, so wird es in Zukunft bald Matthäi am Leisten mit der Vertretung des Kreises durch einen Herrn sein, der, wie der jetzige Abgeordnete Lenzmann, so wenig Verständnis und Sympathie für die Arbeitssklasse besitzt, daß er gelegentlich der Berathung über die Arbeitslosenversicherung erklärte: „Wir wollen doch keine Prämie auf die Faulenzerei setzen.“ (Reichstagsführung vom 18. Januar 1902.) Die Versammlung in Iserlohn, Hagen und Haspe hätte entschieden besser besucht sein sollen. In dem letztgenannten Orte mußte übrigens der überwachende Beamte erst noch überzeugt werden, daß die Anwesenheit der Frauen keine strafbare Handlung sei. Sehr erfreulich war der starke Versammlungsbefuch in Langerfeld, Krefeld, Duisburg und Stockum. Der evangelische Geistliche von Stockum hatte einem Genossen, der Handzettel verteilte, mit den Worten vom Versammlungsbefuch abgerathen: „Das Weib, das morgen spricht, lügt Euch ordentlich die Hude voll.“ Der Verfünder der Wahrheit, Liebe und des Friedens war deshalb besonders zur Versammlung eingeladen worden. Leider glänzte er

durch Abwesenheit. Es wurde dies umsomehr bedauert, als der Herr Pastor schon wiederholt sich durch Aeußerungen unliebsam bemerkbar gemacht hat. In Düsseldorf war die Versammlung leider schlecht besucht, doch gelang es, etwa 20 Arbeiterinnen dem Verbands der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zuzuführen. Recht zahlreich hatten sich die Genossinnen und Genossen in Elberfeld zur Versammlung eingefunden, wo an das Referat eine kurze, zustimmende Diskussion angeschlossen. In Wermelskirchen und Ohligs bedarf es offenbar noch emsiger und geduldiger Arbeit, um das Interesse der Frauen für Verhältnisse und Fragen zu wecken, die außerhalb ihrer vier Pfähle liegen und doch vom größten Einflusse auf das Leben in diesen vier Pfählen sind. Mit der politischen Rückständigkeit der Frau gilt es, den verderblichen Einfluß der Pfaffen zu bekämpfen und zwar der gescheiterten wie der geschorenen. Wo unsere Agitation die Frauen selbst noch nicht erreicht, da muß sie wenigstens wieder und wieder die Männer auf die vorliegende, wichtige Aufgabe hinweisen. Die Agitationstour hat der Partei und verschiedenen Gewerkschaften neue Mitglieder, der sozialdemokratischen Presse zahlreiche Abonnenten gewonnen. In verschiedenen Orten ermunterte sie Frauen zu dem Entschlusse und Versprechen, fleißig mitarbeiten zu wollen. Allgemein wurde die Ueberzeugung geäußert, daß bei den Reichstagswahlen noch weitere greifbare Erfolge zu Tage treten werden. Unsere Gegner sorgen dafür, daß bei den Massen Empfänglichkeit und Verständnis für die sozialdemokratischen Lehren wachsen, daß sie sich in immer größeren Schaaren um das rothe Banner zum Kampfe für Brot, Bildung und Freiheit sammeln.

W. K.

Görlich. Erfreulicherweise kann ich konstatiren, daß es in unserer industriereichen, aber leider noch dunklen Ecke mit der proletarischen Frauenbewegung vorwärts geht. Wir haben vor Kurzem die dritte öffentliche Frauenversammlung gehabt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Es finden sich immer mehr Genossinnen zur ständigen Mitarbeit zusammen. Unseren Bestrebungen wird von Seiten der Genossen wachsendes Verständnis, Sympathie und Förderung entgegengebracht. Der Abonnentenstand der „Gleichheit“ ist in ganz kurzer Zeit von 25 auf 42 gestiegen, und das, obgleich außerdem noch eine stattliche Zahl von verheiratheten Textilarbeiterinnen die Zeitschrift erhalten. Die „Gleichheit“ ist das Band, welches die Genossinnen zusammenführt und zusammenhält, die ihre Kräfte in den Dienst der Bewegung stellen und alle Energie selbstlos anspannen wollen, damit die Ideen des Sozialismus ihren Einzug in Kopf und

zwei Jahren zu. Sie war damals im Kohlenbecken von Hazleton thätig, wo der Kampf am heftigsten war, und wo die stärksten Mittel angewendet werden mußten. Die Streikenden marschirten in geschlossenen Zügen von einer Grube zur anderen und veranlaßten dadurch immer mehr Kohlengräber, die Arbeit niederzulegen. Der größte Zug bestand aus fast 5000 Mann. Von Mutter Jones angeführt, marschirte er eines Nachts durch das Panther-Creek-Thal nach einer Grube, wo die Arbeiter sehr früh am Tage anfuhrten. Wohl ein Duzend verschiedene Nationalitäten waren unter den Streikenden vertreten, und während des Marsches ertönten wieder in ebenso viel Sprachen. Die ganze Nacht hindurch riefen sich Landsleute in ihrer Muttersprache an. Das ungedrillte Heer drang vorwärts, bis es nahe am Ziele einen kleinen Hügel umgehen mußte und dann — das nächtliche Dunkel wich und die Morgendämmerung brach an — auf eine Kompanie Soldaten stieß, welche den Weg verlegte und auf ihre Opfer wartete. Beim Anblick der Truppen machten die Streikenden an der Spitze des Zuges Halt, während ihre Kameraden am Ende desselben nach vorwärts drängten. Eine Katastrophe schien unvermeidlich. „Halt!“ schrie der kommandirende Oberst. Das Vorwärtsdrängen dauerte weiter, und Rufe des Erstaunens, des Jornes ertönten aus der Menge. Mutter Jones stellte unterdeß unter den Leuten an der Spitze des Zuges Ordnung her, dann schritt sie vorwärts. „Was Sie auch thun, schießen Sie nicht“, rief sie, „oder Sie müssen alle Konsequenzen tragen.“ Der Oberst verstand sie. Er wendete sich zu seinen Leuten, und die Streikenden, die nahe genug gestanden, erzählten, daß seine Zähne klapperten und die Soldaten tobtoblaß waren. „Leute, um Gottes willen“, sagte er, „merkt Euch meine Stimme und feuert nicht eher, bis ich das Kommando gebe.“ Während die Streikenden düsteren Blickes auf ihre Feinde schauten, stieg Mutter Jones eine Strecke den Hügel hinan und winkte der erstaunten, zornigen Menge unten zu. Bei ihrem Anblick ließ das Gebränge nach, und Ordnung wurde allmählig hergestellt. Nach-

dem das gelungen, handelte es sich darum, die Tausende geordnet fortzuführen und dadurch ein wahrscheinliches Blutvergießen zu verhindern. Eine einzige falsche Bewegung, und ein entsetzliches Gemetzel konnte entstehen. Mutter Jones blieb vorbehalten zu erreichen, was wenig Andere zu erreichen vermocht hätten. Ohne jede Spur von Aufregung oder Angst leitete sie die Menge um den Hügel herum zurück. Zoll für Zoll, den die Streikenden zurückwichen, folgten ihnen die Soldaten auf dem Fuße nach. Es wird erzählt, daß die Leute drei Stunden brauchten, um eine Strecke von etwa sechs Kilometer zurückzulegen, und in jedem Augenblick dieses Zeitraums hätte sich ein Zwischenfall ereignen können. Jedoch das Vertrauen der Kohlengräber zu Mutter Jones war an diesem Tage die Rettung. Ohne all das verstehen zu können, was sie sagte, nur der Bewegung ihrer Lippen und den Zeichen ihrer Hand gehorchend zogen sie sich zurück, obgleich sie lieber vorwärts gegangen wären. Nachträglich stellte sich heraus, daß ein zweiter Zug von Ausständigen, in einer Stärke von 1200 Mann, von der anderen Seite im Anmarsch gewesen, so daß die Soldaten, ohne eine Ahnung davon zu haben, zwischen zwei Heeren eingeschlossen waren. Man kann sich vorstellen, was unter diesen Umständen geschehen wäre, wenn Mutter Jones nicht mit so viel Takt und Geschicklichkeit gehandelt hätte. —

So ist, so wirkt sie, die Muth und Selbstaufopferung zu der beliebtesten Frau in der amerikanischen Arbeiterbewegung gemacht haben. Die soziale Revolution, deren Herold sie ist, besitzt keine reinere, selbstlosere, maßlosere Vorkämpferin als Mutter Jones. Sie ist die Verkörperung alles Edlen und Erhabenen in den Bestrebungen der Arbeiterklasse, ihre Persönlichkeit kann durch Befolgungen nicht gebrochen, noch — sollte man es je versuchen — hinter Kerkermauern in Fesseln geschlagen werden. In diesem Falle würde von ihr in Wahrheit das Wort des Dichters gelten:

„Und ob sie Zuchthauskleider trägt, im Schoß den Napf voll Erbienbrei;
Und ob sie Werg und Wolle spinnet — doch sag ich kühn Euch: sie ist frei!“

Herz der Frauen halten. Das hohe Ziel ist der treuesten Arbeit werth, darum vorwärts, zu nicht rastender, geduldiger Wirksamkeit.

A. G.

Versammlungsverbot und kein Ende. Am 19. November sollte in Königsberg eine öffentliche Frauenversammlung stattfinden, sie ward jedoch von der Polizei verboten und zwar auf Grund einer vom früheren Oberpräsidenten erlassenen Verfügung, wonach am Bußtag und Todtensonntag keine Versammlung stattfinden darf. Durch Kammergerichtsentscheid ist diese Verfügung, weil gegen das Vereins- und Versammlungsrecht verstößend, als rechtswidrig erklärt worden. Trotzdem das Verbot. Die Genossen wandten sich beschwerdeführend an den Minister. Derselbe antwortete, der Regierungspräsident sei zuständig. Seit wann der Regierungspräsident zu befinden hat über die Verfügungen des Oberpräsidenten, also seines Vorgesetzten, ist uns unbekannt. Den Entscheid des Regierungspräsidenten einzuholen war es zu spät, da am Bußtag die Bureaus geschlossen sind. Genosse Vorchardt, welcher der Versammlung die Sachlage darlegte, erklärte, daß wir keine Veranlassung hätten, das Verbot zu respektieren, da die Verfügung, auf welche es sich stützt, ungültig ist. Er eröffnete deshalb die Versammlung und ertheilte Genossin Zieg-Hamburg das Wort. Aber da hatten wir „die Rechnung ohne den Wirth“ gemacht. Derselbe sprang hinzu und erklärte kategorisch, daß unter keinen Umständen die Versammlung stattfinden dürfe, da — dieselbe doch verboten sei! Er, der Wirth, wolle sich nicht auf den Gerichten herumschleppen lassen. Wollten wir uns nicht des Hausfriedensbruchs schuldig machen, so blieb uns allerdings nichts anderes übrig, als zu „fuschen“. Gegen die Verfügung der Polizei ist selbstverständlich Beschwerde erhoben. Der Wirth, der ihr als Helfer erstand, „Genosse“ Krauskopf, wird sicher nächstens auch das Husten und Niesen einstellen, falls die Polizei es verbietet. Louise Zieg.

Die proletarische Frauenbewegung in Posen beginnt sich zu entwickeln. In einer öffentlichen Versammlung, in welcher über „Die Gefahren des Zolltarifs für die Familie“ referirt ward, und die von Frauen zahlreich besucht war, wurde eine Frauen-Agitationsskommission gewählt. Derselben gehören die Genossinnen Sogowska, Grams und Hein an. Die Genossinnen haben bereits eine systematische Agitation unter den Frauen begonnen. Die polnischen „Volkspartei“ sind in der Folge ganz aus dem Häuschen gekommen und suchen der sozialdemokratischen Agitation eine gesinnungstüchtige bürgerliche entgegenzustellen. Frä. Omankowska und andere Damen beriefen eine „Versammlung aller Fabrikfrauen“ ein, um das rothe Gespenst zu bannen. Das wird ihnen nicht gelingen, vielmehr werden sie durch ihr heißes Bemühen, die Arbeiterinnen als geduldige, nicht muckende Lohnslavinnen zu erhalten, nur dazu beitragen, diese auf den Klassenkampf des Proletariats hinzuweisen und sie ihm als Mitstreiterinnen zuzuführen.

Weshalb die Genossinnen sich nicht an der Kundgebung der Frauenrechtlerinnen gegen § 361, Z. 6, und die Mißgriffe der Polizei beteiligten, begründet Genossin Baader im „Vorwärts“ mit folgender Erklärung: „Die radikalen Frauenrechtlerinnen haben für den 1. Dezember eine Protestversammlung gegen den Fortbestand des § 361, Z. 6, des Reichsstrafgesetzbuchs und die Mißgriffe der Polizei auf Grund desselben veranstaltet. Die Einberuferin dieser Versammlung, Frau Cauver, forderte in einem Schreiben an die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands die sozialdemokratischen Frauen auf, sich an der Versammlung durch eine Delegirte zu beteiligen, welche in ihrem Auftrag eine kurze Ansprache halten sollte. Obgleich die Genossinnen mit dem Zwecke der Versammlung sympathisiren, haben sie es doch entschieden zurückgewiesen, eine Vertreterin und Wortführerin zu derselben zu delegiren.“

Sie verurtheilen den § 361, Z. 6, und die skandalösen Willkürakte der Polizei gegen Geschlechtsgenossinnen mit der allergrößten Schärfe; aber sie erachten, daß diese Willkürakte nur Früchte des Systems unfreies reaktionären Polizeistaats sind. Ihr Kampf richtet sich deshalb nicht bloß gegen das schreiende Unrecht, das Frauen zugefügt wird und gegen die gesetzlichen Bestimmungen, die ihm als Feigenblatt dienen, er kehrt sich gegen das System selbst. Dieses System, das vor Allem das politisch und gewerkschaftlich kämpfende Proletariat ohne Unterschied des Geschlechtes trifft, bekämpfen die Frauenrechtlerinnen nicht. Fräulein Augspurg hat sogar voriges Jahr die willkürliche „Koulanz“ und „Toleranz“ der Polizeibehörden bei Anwendung des Vereinsrechtes den Frauenrechtlerinnen gegenüber rühmend anerkannt.

Bei den wesentlichen Unterschieden in Auffassung und Praxis haben die Genossinnen keinen Anlaß, sich mit dem frauenrechtlerischen Protest solidarisch zu erklären.“

Notizenheil.

Vom Ausstand der Weber und Weberinnen in Meerane.

Wenn diese Nummer in die Hände der Genossinnen und Genossen gelangt, so steht Weihnachten, das höchste Fest der Christenheit, das Fest der Liebe vor der Thür. Nur noch Tage, und die Christglocken rufen in die raue Winterluft ihre alte und doch unerfüllte Botschaft hinaus: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ In Schaaren drängen sich die Christen zur Kirche, Diejenigen darunter, welche die christlichen Lehren auf den Lippen führen und in der That täglich mit Füßen treten. Auch bei uns in Meerane werden Gläubige und Glaubensheuchler dem Evangelium des Friedens und der Liebe lauschen. Wie schlecht aber stimmen die Verhältnisse zu ihm! Wer ihn leugnen möchte, den Kampf zwischen Menschen und Menschen, das erbitterte Ringen zwischen den beiden Nationen der Armen und Reichen, der Ausgebeuteten und Ausbeuter, der komme nach Meerane! Zu Weihnachten werden es volle 11 Wochen sein, daß hier die Schlacht zwischen Kapital und Arbeit tobt. Fast ein Vierteljahr, während dessen die armen, halbverhungerten Weberinnen und Weber hundert Leiden und Entbehrungen, aber auch all ihr Hoffen, all ihr Wollen für eine menschenwürdige Existenz einsehen. Fast ein Vierteljahr, daß ihre „Brotherren“ gegen die kämpfenden alle Mittel der Gewalt, der List, der Verlockung spielen lassen, die Reichthum und sozialer Einfluß verleihen. Ein blutiger Hohn auf das Friedensgeläute der Weihnachtsglocken ist die Haltung der Fabrikanten. Auf jedes Entgegenkommen der Ausständigen haben sie nur eine Antwort: bedingungslose Unterwerfung. Sie wollen sich mit ihnen nicht verständigen, sie wollen sie aushungern. Zu Sklavenunterwürfigkeit sollen die gezwungen werden, die wagten, die Profitschlucker beim Saugen zu stören. Von ihrem Profit, ihrem Reichthum, ihrer christlichen Gesinnung, haben die Fabrikanten nicht einmal soviel für die proletarischen Mitbrüder und Mitschwester in Christo übrig, daß sie ein paar Pfennige Lohnzuschlag bewilligen, welche der bittersten Noth wehren könnten, einen festen Lohn tarif, der einen Ueberblick über den Verdienst ermöglicht und ihn sicherer, regelmäßiger gestaltet. Prozenhochmüthig wollen sie allein die Arbeitsleistung ihrer Lohnsklaven werthen. „Herr im Hause sein, Herr im Hause bleiben“, das ist's, was die Weihnachtsglocken ihnen läuten. „Nicht betteln und bitten, nur muthig gestritten, es kämpft sich nicht schlecht für Wahrheit und Recht“, so tönen sie den Streikenden. Es war wahrlich nicht die Lust am Kampfe, an einer Kraftprobe, welche sie veranlaßt hat, Ende November die Bedingungen der Fabrikanten abzuweisen. Es war das Bewußtsein des Rechtes zum Leben, die Nothwendigkeit, langsame Verhunger abzuwehren. Die Fabrikanten hatten zwar eine Festlegung, aber keine noch so winzige Erhöhung der Löhne zugestanden. Außerdem sollten die Zugeständnisse nicht auch für die Lohnwebereien gelten. So kam es, daß die Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und dem Streikomite mit 1701 gegen 32 Stimmen und 18 Enthaltungen abgelehnt wurden. 1976 Personen sind im Streik; die Weberinnen und Weber, welche nicht abgestimmt hatten, standen auf Posten oder waren sonst entschuldigt der Abstimmung ferngeblieben. Diese Zahlen reden beweiskräftig von der Solidarität, der Entschlossenheit, dem Muth, welche die Ausständigen beselen. Trotz des Werbens von Seite der Fabrikanten haben sich bis jetzt erst ganze 11 Arbeitswillige gefunden. Mit bewundernswürdiger Festigkeit und Freudigkeit halten nach wie vor die Weberinnen im Kampfe aus und üben treulich alle Kampfespflichten. Keine Militärwache könnte pünktlicher aufziehen, als die weiblichen Streikposten, die sich weder von der winterlichen Kälte anfechten lassen, die durch die dünnen Gewänder dringt, noch durch den scharfen Wind, der die bleichen Wangen röthet und das Schneegestöber, das schneidend ins Gesicht peitscht. In den Versammlungen, wo über die Fortsetzung des Streiks verhandelt wurde, sprachen sich stets zahlreiche Arbeiterinnen für dessen Weiterführung aus. „Reichen unsere Schuhe bei dem schlechten Wetter nicht aus, dann ziehen wir die unserer Männer an“, erklärte neulich eine Weberin unter der Zustimmung mehrerer hundert ihrer Kolleginnen. Zu einer ehrenvollen Verständigung sind die Ausständigen bereit. Unzweideutig haben sie das dadurch bekundet, daß das Streikomite in ihrem Auftrage den Fabrikanten einen neuen Mindestlohn tarif vorlegte, der ein gut Stück von den anfänglichen Forderungen nachgelassen hat. Er wurde kurzerhand abgewiesen. Die Fabrikanten würfeln um den Einsatz des Geschäftes einer ganzen Saison, um die Arbeiter mittels des Hungers zu Paaren zu treiben. Dank ihrer musterhaft ruhigen, entschlossenen Haltung haben die Ausständigen bis heute die Sympathie aller Bevölkerungskreise von Meerane und Umgebung bewahrt. Das gelangte nicht nur in allgemeinen Einwohnerversammlungen, in Versammlungen der Handelsleute und Gewerbetreibenden zum Ausdruck, sondern auch in der thatkräftigen Unterstützung, welche den tapferen

kämpfenden zu Theil geworden ist und noch wird. — Ein ernstes Weihnachtstfest ist es, dem die Meeraner Textilarbeiterchaft entgegengeht. Ein Weihnachtstfest, wo in gar mancher Wohnung auch die heißeste Elternliebe den Kleinen nicht einen Tannenbaum anzuzünden und bescheidenste Gaben unter ihn zu legen vermag. Ein Weihnachtstfest, wo in zahlreichen Familien die bitterste Sorge nicht einmal für einen Tag, für Stunden der Freude weicht. Das Gewerkschaftskartell von Meerane hat deshalb beschlossen, den kämpfenden Brüdern und Schwestern am heiligen Abend eine Bescheerung zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wendet es sich in einem Aufrufe bittend an das gesammte deutsche Proletariat. Möge es in treuem Solidaritätsgefühl Scherflein um Scherflein zur Weihnachtstfeier beisteuern, welches die wackeren Ausständigen im sorgenreichen schweren Kampfe erquickend soll. Der Tannenbaum, den proletarischer Gemeinschaftsfeitsinn den Webern und Weberinnen in Meerane schmückt und anzündet, wird nicht bloß dunkle, freudlose Weihnachtstage flüchtig erhellen. Von ihm aus strahlt vielmehr in Hunderte von Seelen das milde, feste Licht der Hoffnung auf die thatkräftige Solidarität der deutschen Arbeiterklasse, welche dazu beitragen wird, daß die Kämpfenden nach langen Wochen müthigen Ringens und Ausharrens einen Sieg über profitwüthiges Proletariat erringen, dem menschliches Empfinden fremd ist. So wird die Weihnachtstfeier der Ausständigen in Meerane ausklingen in dem Gelöbniß, wie in dem jetzigen heißen Lohnkampfe auszuhalten in der Arbeit heil'gem Krieg für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Meerane, 11. Dezember 1902. E. F.

Wir ersuchen die Leserrinnen und Leser der „Gleichheit“ dringend, trotz der harten Zeiten die Mahnung zu beachten, welche in den warm empfundenen Ausführungen unserer Mitarbeiterin liegt, die selbst am Webstuhl sitzt. Beiträge für den Streikfonds werden entgegengenommen von Karl Steyer, Bevollmächtigter des deutschen Textilarbeiterverbandes in Meerane, und von Albin Reichelt, Redaktion des „Textil-Arbeiter“, Chemnitz, Uferstr. 14.

Die Redaktion der „Gleichheit“.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft bei der Bremischen Gewerbeinspektion ist von der Bürgerschaft beschlossen worden. Die Maßregel wurde nachdrücklich von der Kommission der Bürgerschaft empfohlen, welche mit der Prüfung dieser Frage beauftragt worden war. In der Begründung ihres Vorschlags heißt es wie folgt: „Ueber die Frage, ob die Anstellung von weiblichen Beamten der Gewerbeinspektion prinzipiell wünschenswerth sei, war die Kommission von vornherein einig. Die Zunahme der Zahl der in den Fabriken beschäftigten Frauen hat eine Reihe von Mißständen im Gefolge gehabt, deren Beurtheilung einer Frau naturgemäß leichter fällt, als einem Manne, Mißständen nicht nur in den Fabriken selbst, sondern auch in den durch die Fabrikthätigkeit beeinflussten häuslichen Verhältnissen der Arbeiterinnen. Ebenso ist es begreiflich, daß eine Frau weniger Schwierigkeiten finden wird, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen, als ein Mann, besonders wo es sich um familiäre und gesundheitliche Verhältnisse handelt; auf diesem Vertrauen aber beruht ein guter Theil des Einflusses und des Nutzens der Gewerbeinspektion überhaupt.“ Nach dieser prinzipiellen, einflussreichen Stellungnahme erörtert die Kommission die Frage der Durchführbarkeit weiblicher Gewerbeaufsicht. Aus dem Material darüber, das in den Berichten der Gewerbeinspektoren vorliegt, schlußfolgert sie, daß die Neuerung sich noch im Stadium der Entwicklung befindet, daß aber die Entwicklung überall dort eine günstige ist, wo einerseits die Thätigkeit der weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten gut organisiert wurde, und wo es andererseits gelang, die richtige Persönlichkeit für das schwierige Amt zu finden. Die Kommission gab deshalb schließlich der Ansicht Ausdruck, daß die bereits vorliegenden praktischen Erfahrungen die Anstellung einer weiblichen Hilfskraft der Gewerbeinspektion in Bremen empfehlen. In der Sitzung der Bürgerschaft, wo über den Vorschlag der Kommission verhandelt wurde, hob der Berichterstatter, Professor Pöpke, außer den vorstehenden Gesichtspunkten noch hervor, daß der weibliche Inspektor die Frauen nicht nur in den Fabriken, sondern auch bei der Heimarbeit aufsuchen solle, wo schreiende Mißstände zu Tage treten seien. Senator Stadtkländer gab im Auftrag des Senats die Erklärung ab, daß dieser seinerseits dem Beschluß der Bürgerschaft zustimmen werde, vorbehaltlich der näheren Bestimmungen über die Organisation des neuen Amtes, die dem Senat zusteht, und der Fixirung des Gehaltes der Beamtin. Er versicherte dafür sorgen zu wollen, daß der Assistentin im weitesten Umfang Gelegenheit gegeben werde, sich um die Arbeiterinnen zu kümmern und deren Vertrauen zu erwerben. Hinzugefügt sei, daß die Frage der so nöthigen und

nützlichen Reform auch in Bremen durch einen sozialdemokratischen Antrag bei der Bürgerschaft, eine Assistentin der Gewerbeaufsicht anzustellen, ins Rollen gebracht worden ist. a. h.

Eine Assistentin der Gewerbeinspektion für Neuß j. L. ist kürzlich angestellt worden. Es ist ein Fräulein Schröder, über deren bisherige Thätigkeit in den Kreisen der organisirten Arbeiterschaft von Oera nichts bekannt ist.

Vereinsrecht der Frauen.

Die Forderung eines einheitlichen, freiheitlichen Reichsvereins- und Versammlungsrechtes für Frauen und Männer hat der Reichstag in weiterer Verhandlung der ihm vorliegenden Petitionen (Nr. 28 der „Gleichheit“) in ihrem vollen Umfange dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Sasse, Stolle, Herzfeld, der liberale Eingänger Köfcke traten in dieser Sitzung nachdrücklich für das politische Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen ein. Gegen dasselbe erklärten sich natürlich die Zentrumsredner, besonders Gröber. Er vertrat die Auffassung, daß das „Politisiren sich nur auf die kleine Zahl exzentrischer Frauen beschränken werde“, ergo daß das weibliche Geschlecht in Sachen des politischen Vereinsrechtes weiter auf eine Stufe mit Kindern, Wahnsinnigen und Chylosen gehalten werden solle. Diese äußerst geschmackvolle Auffassung berührt im Munde des Vertreters jener Kirche höchst eigenhümlich, in deren Geschichte die „exzentrischen Frauen“ bis in unsere Tage hinein eine ganz hervorragende Rolle gespielt haben. Ueber den Widersinn des Gröberschen Standpunktes zu streiten, wäre eitel Thorheit. Dagegen pflichten wir dem Zenträmmler durchaus in seiner Aufforderung bei, „die Frauen sollten sich mehr um die wirklich praktischen Fragen des wirtschaftlichen Lebens kümmern“. Hoffentlich beherzigen die Arbeiterfrauen in den katholischen Gegenden diese Mahnung und klopfen zum Danke dafür den Zolljägers und Rechtsräubers gehörig auf die Finger. Daß die Verhandlungen den mitgetheilten günstigen Abschluß fanden, ist nur den schwänzenden Böllern zu danken. Zentrum und Konservative stimmten nämlich gegen den entsprechenden Antrag, doch blieben sie in der Minderheit, da zu viele Junker der edlen Hasen- und Fasänenjagd nachgingen, und viele politisirende Kapläne in die Heimath gefahren waren, um der Erziehung ihrer Schäflein obzuliegen.

Frauenbewegung.

Der Beseitigung des § 361 Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuchs und dem Protest gegen die Uebergriffe der Polizei galt eine von den radikalen Frauenrechtlerinnen einberufene Versammlung zu Berlin, welche am 1. Dezember stattfand und so zahlreich besucht war, daß sie noch vor der Eröffnung polizeilich abgesperrt wurde. Der Minister des Innern, der Justizminister, der Polizeipräsident und der Chef der Sittenpolizei waren zu ihr eingeladen worden, aber wie vorauszusehen, nicht erschienen. Der Freisinnige Dr. Müller-Meinigen, der als erster Referent sprechen sollte, wurde durch den Kampf gegen den Zollwucher im Reichstag festgehalten. Es sprachen Fräulein Heymann-Hamburg, Frau Scheven-Dresden und Fräulein Dr. Augspurg. Die zahlreichen Fälle aus letzter Zeit, wo anständige Frauen unter dem Verdacht der Prostitution verhaftet und der schimpflichsten Behandlung unterworfen wurden, erfuhren eine scharfe Kritik, die sich jedoch in der Grenze bürgerlicher Auffassung hielt. Professor Hottinger mühte sich, an den gebrandmarkten Polizeithaten eine Mohrenwäsche vorzunehmen, mußte jedoch vor dem Unwillen der Versammlung schweigen. Zur Annahme gelangte eine Resolution, die sich gegen die betreffenden Polizeimaßregeln ausspricht, die Bestrafung der schuldigen Beamten und die Abschaffung des Eingangs genannten Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs fordert, sowie die gesetzliche Regelung des Strafvollzugs und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Die Einberuferin der Versammlung hatte in einem Schreiben an unsere Vertrauensperson auch die sozialdemokratischen Frauen aufgefordert, sich an der Verhandlung durch eine Delegation zu betheiligen, die eine kurze Ansprache halten solle. Im Namen der Genossinnen hat Genossin Baader diese Aufforderung unter Hinweis auf die wesentlichen Unterschiede der Auffassung und Praxis abgelehnt, welche auch in dieser betreffenden Frage bürgerliche und proletarische Frauenbewegung trennen.

Eine neue Handels- und Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen ist in Weimar eröffnet worden. Die Anstalt ist aus privaten Mitteln von der Ortsgruppe des deutschen evangelischen Frauenbundes gegründet worden.